sogar einem englischen Kreiskontrolleur zu viel wurde und er um Enthebung von seinem Amte nachsuchte. Es hat aber alles nichts genutzt. Auch das erdrückende Material über die von Korfanty angezettelten Verschwörungen, über die von ihm geschaffenen Organisationen von Schwerbewaffneten, das von deutscher Seite veröffentlicht wurde, prallte an der fanatischen Polenfreundschaft der Franzosen wirkungslos ab. Man hat ihnen das ganze Beweismaterial vorgelegt. Korfantys Organisationsbefehl L 1 über die Organisation des Obersten Kommandos, L 2 über die weibliche Organisation und besonders den Befehl L 8 und den Befehl vom 20. Juli 1920 über die Maßnahmen zur Geheimhaltung der polnischen „Selbsthilfe" und die Bildung und Bewaffnung von „Sturmgruppen": „Für jeden Soldaten fünf Handgranaten, einen Revolver, fünfzig Patronen und ein Bajonett". Die Bezirksleiter hatten Maschinengewehre bereitzustellen und die Rayons einzuteilen. Alles war genau bis ins einzelne organisiert. Ein langes Verzeichnis der Bezirksfunktionäre mit ihren Decknamen, ihrem Dienstgrad und ihrer besonderen Aufgabe wurde der Interalliierten Kommission vorgelegt. Es hat nichts genutzt, es ist nichts darauf erfolgt. Korfanty konnte sich alles erlauben. Seine Mörderorganisation war sakrosankt und blieb es auch, nachdem die deutsche Regierung im Januar dieses Jahres in einer eindringlichen Note die Botschafterkonferenz auf die Unhaltbarkeit der Zustände in Oberschlesien und die, wie man sich milde ausdrückte, „Unzulänglichkeit der Maßnahmen der Interalliierten Kommission", aufmerksam machte.

Korfantys Organisation, die ja die „Entwaffnung" nach den August-Ereignissen gut überstanden hat, ist jetzt offenbar mobilisiert worden. Haller-Soldaten sind wiederum, wie damals, über die Grenze gekommen und wieder, wie damals, sehen die Franzosen zu. Wir sollen uns darüber nicht wundern. In einem Geheimbefehl der polnischen Organisationsabteilung vom 16. April 1920 wurde ausdrücklich gesagt: „Unsere Sache gelingt ganz bestimmt, da der Vizeminister des polnischen Reiches, Pablowski, mit der Kommission der alliierten Mächte die Vereinbarung getroffen hat, daß sie uns zu jeder Zeit im Kampfe gegen die deutsche Verschwörung (!) mit den Koalitionssoldaten helfen wird." In einem weiteren Befehle aus derselben Zeit hieß es wörtlich: „Die jetzigen bekannten politischen wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien müssen wir für alle Fälle für unsere Ziele ausnützen, um Oberschlesien mit Gewalt mit unserem Staate zu vereinigen. Die dortige (Beuthener) Oberbefehlsstelle muß natürlich eine Verschwörung schaffen und spitzfindig arbeiten." Das alles genügt wohl. So wurde der August-Aufstand gemacht, so wird heute Oberschlesien von den Polen in Aufruhr versetzt werden. Mit Gewalt soll das Land uns entrissen werden.

Die Regierung darf nicht mit verschränkten Armen zusehen. Jeder Verzug erhöht die Gefahr. Wir können unsere Volksgenossen nicht hilflos in Mörderhände fallen lassen, können es nicht dulden, daß Oberschlesien dasselbe Schicksal erleidet, wie nach der Revolution Posen und Westpreußen. Erschütternd ist der Hilferuf der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens. Hilfe tut not, nicht bloß mit Worten, sondern durch die Tat. Die Welt muß erfahren, welch schmachvoller Anschlag in Oberschlesien gegen das deutsche Volk im Werke ist, sie soll aber auch erfahren, daß Volk und Regierung in Deutschland nicht gesonnen sind, die Warschauer Attentate ruhig hinzunehmen, sondern Widerstand leisten werden — Widerstand mit äußerster Entschlossenheit. Wir vertreten dabei nicht bloß unser klares, durch die Abstimmung in helles Licht gerücktes Recht, wir wehren uns gegen wirtschaftliche Erdrosselung und politische Unterjochung.

Die Sozialdemokraten gegen die Kommunisten.

Essen, 24. März. Eine Vertrauensmännerkonferenz der Sozialdemokratischen Partei, Kreis Essen, nahm zu der augenblicklichen politischen Lage, insbesondere zu den kommunistischen Putschen in Mitteldeutschland und einer von den Kommunisten geplanten Uebertragung auf das Ruhrgebiet, Stellung. Die Konferenz war einmütig der Auffassung, daß die von Moskau befohlene kommunistische Aktion unter allen Umständen mit der größten Schärfe von der Arbeiterschaft bekämpft werden müsse. Alle Arbeiter wurden aufgefordert, Kundgebungen der V. K. P. D. unter keinen Umständen zu unterstützen, im Gegenteil alle über die Gefährlichkeit solcher Aktionen aufzuklären. Die Entschließung fordert insbesondere den Kampf gegen Putsche, weil dadurch ein glücklicher Ausgang der gegenwärtigen Lohnbewegung der Bergarbeiter auf das allerschlimmste gefährdet wird. (W. T. B.)

Das Berliner Organ der Unabhängigen, die „Freiheit", wendet sich mit aller Schärfe gegen die kommunistischen Hetzer. Sie stellt fest, daß für den Generalstreik der Arbeiterschaft in Mitteldeutschland überhaupt keine Stimmung vorhanden war und schreibt: In Hamburg und in Eisleben liegen Arbeiterleichen, nutzlos geopferte Arbeiterleben. Das ist der einzige Erfolg der kommunistischen Putschisten. Schuld und Verantwortung für diese Taten trifft vor allem die kommunistische Leitung, trifft die verantwortungslosen Gesellen, die in der „Roten Fahne" und in der „Hamburger Volksztg." ihr frevelndes Spiel getrieben haben. Es gibt keinen schändlicheren Bruch der Solidarität als den, den die Kommunisten begangen haben. Die Bewegung ist von Kommunisten eingeleitet worden. Sie wird fortgeführt gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaftsorganisationen, gegen die sozialistischen Parteien. Eine Hand voll Verrückter wagt es, der gesamten Arbeiterschaft ihren Willen aufzwingen zu wollen.

Die Hetzarbeit im Ruhrgebiete.

Essen, 24. März. Das „Ruhr-Echo", Organ der Verbotenen kommunistischen Partei Deutschlands für den Industriebezirk, fordert unter der Ueberschrift „Der Kampf ist entbrannt!" die Arbeiter des Ruhrgebietes auf, den kämpfenden Brüdern von Hamburg und Mitteldeutschland zu helfen und schließt mit den Worten: Heraus auf die Straße, erscheine in Massen am Freitag vormittag um 11 Uhr auf dem Burgplatz. (W. T. B.)

Die Planmäßigkeit der Attentate.

Berlin, 24. März. Zu dem Geständnis der Attentäter auf die Siegessäule wird noch mitgeteilt, daß aus Geständnissen verschiedener Verhafteter hervorgeht, daß ein inniger Zusammenhang zwischen den Unruhen in Halle, Eisleben, Hamburg usw. mit dem vereitelten Dynamitattentat besteht. Die Kommunisten hatten ferner die Absicht, am Karfreitag eine große Anzahl öffentlicher Gebäude und Baudenkmäler, sowie eine Anzahl Verlagshäuser der bürgerlichen Presse in die Luft zu sprengen. Zu diesem Zwecke sollte eine große Anzahl kommunistischer Anhänger und Mitglieder für den Gewaltakt bestellt und instruiert werden, und nur das rechtzeitige Eingreifen der Kriminalpolizei hat Berlin vor dem Schicksal bewahrt, das jetzt Mitteldeutschland und Hamburg erleiden. — Die Vernehmungen sind noch nicht abgeschlossen und werden sicher noch neues belastendes Material zutage fördern.

Nach den bisherigen Geständnissen der Schuldigen ist der Anschlag auf die Siegessäule in einer Versammlung der kommunistischen Arbeiterpartei beschlossen worden. Um den Plan genau zu besprechen, versammelten sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zehn bis zwölf Personen in einem Quartier, wo sie die ganze Nacht zusammenblieben. Am Morgen gegen 4 Uhr begaben sie sich in geteilten Trupps zur Siegessäule.

Die Antwort der Reparationskommission.

Paris, 24. März. (Havas.) In ihrer heutigen Antwort auf die deutsche Note vom 22. März gibt die Reparationskommission zu verstehen, daß es nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages ihre Sache (?) ist, den Wert der deutschen Lieferungen und Leistungen festzustellen. Auch entnimmt der Ausschuß demselben Vertrage die Vollmacht, zu beurteilen, welche von den bis auf den heutigen Tag gemachten Lieferungen auf die 20 Milliarden Goldmark angerechnet werden können. Diese 20 Milliarden Goldmark bilden den Gegenstand des Art. 235. Außerdem gibt der Vertrag zu verstehen, daß weder durch § 9, noch durch § 10, Anhang 2, Teil (betr. eventuelle Ausführung der deutschen Regierung über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands und die Schadensforderungen) dem Reparationsausschuß zur Pflicht gemacht wird, die deutsche Regierung über die Umstände anzuhören, unter denen diese oder jene Lieferung oder der gleiche Wert auf die 20 Milliarden des § 235 angerechnet werden können. In seinem Bestreben, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands kein Hindernis (?) entgegenzustellen, hat der Reparationsausschuß solange als möglich gewartet in der Ueberzeugung, daß infolge des stattgefundenen Notenwechsels die deutsche Regierung sich bemüht haben würde, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um getreulich den Verpflichtungen nachzukommen, die ihr der § 235 auferlegt. Erst nach der Feststellung, daß dies nicht in der Absicht der deutschen Regierung liegt, machte der Reparationsausschuß von den förmlichen Bestimmungen des Vertrages Gebrauch, indem er von Deutschland die Zahlung der rückständigen zwölf Milliarden Goldmark vor dem 1. Mai 1921 und die Zahlung von 1 Milliarde Goldmark vor dem 23. März verlangte. Bei der Einforderung dieser einen Milliarde Goldmark für den 23. März stützte sich der Ausschuß auf die Gewißheit, daß Deutschland genügend Barvermögen besitzt, um eine solche Zahlung zu leisten.

Die Reparationskommission bemerkt: Die 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235 dürfen keineswegs mit den 20 Milliarden Goldmark verwechselt werden, welche die Summe der ersten Raten von Schatzscheinen darstellen, die im § 12 C L des Anhangs II in Betracht gezogen sind. Die 20 Milliarden in Schatzscheinen des Anhangs II stellen einen Schuldschein ausschließlich auf die allgemeine Rechnung der Wiedergutmachungen dar. Die 20 Milliarden Goldmark in § 235 müssen bar oder in gleichwertigen Leistungen bezahlt werden und sollen dazu dienen, zuerst einen Teil der Besatzungskosten und die zugelassene Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu bezahlen und zum anderen Teile bis zu dessen Höhe den Reparationssaldo. Er ist der dem Reparationskonto anzurechnende Teil, der zur teilweisen Amortisierung in ratenweisen Schatzscheinen der 20 Milliarden kommen kann. Auf jeden Fall muß die gesamte Summe der 20 Milliarden Goldmark des § 235 bis zum 1. Mai 1921 bezahlt sein. Der Wortlaut ist unerbittlich und die Nichteinhaltung dieses Artikels bietet, wie überhaupt jeder Verstoß Deutschlands gegen seine Verpflichtungen, die Möglichkeit, Zwangsmaßnahmen anzuziehen.

Nach Erörterung dieser Tatsache stellt es sich heraus, daß die deutsche Regierung dadurch, daß sie das allgemeine Verlangen der Kommission, die Bestimmungen des Artikels 235 auszuführen und vor allem die Zahlung der für den 23. März verlangten einen Milliarde Goldmark mit einer Weigerung beantwortet, ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Infolgedessen hat der Reparationsausschuß in Verfolg des § 17, Anhang II, Teil IV des Versailler Vertrages beschlossen, diesen Verstoß sofort einer jeden der beteiligten Mächte mitzuteilen.

Der „Temps" bemerkt, daß die Reparationskommission gleichzeitig mit der Ueberreichung ihrer Antwort an die Vertreter der Kriegslastenkommission der alliierten Regierungen ein kurzes Schreiben mit der Mitteilung dieses Verstoßes Deutschlands gegen eine der förmlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages richtet. Diesem Schreiben ist der Schriftwechsel beigefügt, der seit dem 26. Februar zwischen dem Reparationsausschuß und der Kriegslastenkommission stattgefunden hat. (W. T. B.)

Frankreich und Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Paris, 24. März. Im weiteren Verlaufe der Budgetberatung im Senat ergriff Raffael George Levy das Wort, um von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu sprechen. Nach seiner Ansicht ist das deutsche Budget in Unordnung aber die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht anzuzweifeln. Wenn Deutschland siegreich gewesen wäre, hätte es nicht gefragt, was Frankreich zahlen könne, sondern hätte zunächst seine Forderungen gestellt. Die Steuern in Deutschland und Frankreich seien ungleich. Die Deutschen zahlten an Steuern für Tabak, Getränke, Zucker und Streichhölzer pro Kopf 63 Fr., Frankreich 88,7 Fr. Durch seine Alkoholsteuer habe Frankreich im Jahre 1920 470 Millionen Franken eingenommen, Deutschland aber nur 85 Millionen. Nach seiner Ansicht könne Deutschland leicht (!) die Grundlage für eine auswärtige Anleihe von 100 Milliarden auf sich nehmen mit 6 Milliarden Annuitäten, die die Alliierten von Deutschland nach der Konferenz von Paris verlangt hätten. (W. T. B.)

Die Lügen über die geringere deutsche Steuerlast im Vergleich mit der Frankreichs werden dadurch daß sie immer wieder aufs neue wiederholt werden, jedenfalls nicht zur Wahrheit. Das sollte man auch in Frankreich endlich einmal einsehen!

Paris, 24. März. Die französische Presse ergeht sich in der Besprechung der deutschen Note an die Entente in der Angelegenheit der angeblichen fälligen einen Milliarde Goldmark in den schärfsten Ausfällen. Der „Matin" führt aus: Die deutsche Note bekunde einen schlechten Willen, der tief eingewurzelt sei. Die Alliierten hätten die Konsequenzen aus dieser Vertragsverletzung zu ziehen. Das Blatt versucht den Beweis zu erbringen, daß Deutschland zwar erklärt, daß es durch den Krieg finanziell erschöpft sei, daß dies aber nicht bei seinen Großindustriellen der Fall sei. Deutschland habe über 1 600 000 Goldmark zur Verfügung. Die deutsche Ausfuhr habe ihm eine ebenso große Summe in auswärtiger Valuta eingebracht. Deshalb sei für die Alliierten der Augenblick gekommen, auf die Beschlüsse von London zurückzugreifen und neue und entscheidende Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Androhung weiterer Besetzungen.

Koblenz, 24. März. Der „Chicago Tribune" wird aus Koblenz gemeldet, daß unter amerikanischen und französischen Autoritäten die Ansicht vorherrsche, daß weitere Maßnahmen infolge der Weigerung Deutschlands zur Zahlung der einen Milliarde Goldmark zu erwarten seien. Man werde nunmehr das Ruhrgebiet einschließlich Essen besetzen. Es sei damit zu rechnen, daß diese Truppenbewegung bereits heute einsetzen werde. Die alliierten Truppen im Brückenkopfgebiet von Köln und im neubesetzten Gebiet seien entsprechend verständigt worden.

„Die roheste und hoffnungsloseste Politik."

London, 24. März. „Daily News" schreibt: Die Forderung der Reparationskommission nach Zahlung von zwölf Milliarden innerhalb sechs Wochen sei protest und unmöglich. Die alliierten Sachverständigen in Brüssel und der Oberste Rat in Paris seien übereingekommen, daß das Aeußerste, was Deutschland augenblicklich zahlen könne, drei Milliarden jährlich seien. Unmögliches zu fordern, sowie Sanktionen und Strafmaßnahmen für die Nichterfüllung aufzuerlegen, sei die roheste und hoffnungsloseste Politik. Das Beste sei eine Zusammenkunft der beiderseitigen Sachverständigen.

Die Untaten polnischer Banden.

Kattowitz, 24. März. In Zabelkau, Kreis Rattibor, wurden am Dienstag abend der Lehrer Görlich und der Kaufmann Ackerhall erschossen. Der polnisch gesinnte Pfarrer Gonska, bei dem der Lehrer wegen des Wohnungsmangels wohnte, hatte diesen und den Kaufmann Ackerhall zum Skat eingeladen. Die Fensterläden des Zimmers waren geschlossen. Plötzlich fielen mehrere Schüsse, die Görlich und Ackerhall töteten. Der Pfarrer blieb merkwürdigerweise unverletzt. In Myslowitz herrschen im Augenblick noch die polnischen Banden. Polnische Streifen durchziehen mit dem Gewehr unter dem Arm die Stadt und üben die Polizeigewalt aus. Die Stadt ist vom Industriebezirk aus weder mit Telegraph noch mit Telephon zu erreichen. In Bogutschütz wurde gestern das katholische Pfarrhaus von polnischen Banden umstellt, die Fenster eingeschossen und Handgranaten in die Fenster geworfen. Man wollte den Pfarrer herausholen, von dem behauptet wurde, er habe deutsch gewählt. Es handelt sich um den Anstaltspfarrer, der wegen seiner neutralen Haltung allgemein bekannt war. In Mazceleikowitz wurden die Deutschen aus der Ortschaft vertrieben. In Rybnik mußte Abstimmungspolizei und Sipo die Straßen von Polenbanden räumen lassen. In Stellarzowitz wurde die Frau eines deutschen Vertrauensmannes von fünf Polen überfallen und mißhandelt. Deutschgesinnte aus der Umgebung von Hindenburg suchten ihr Heil in der Flucht nach Hindenburg. In Michowitz wurden 20 Deutsche mißhandelt, ohne daß die Franzosen irgendwelchen Schutz gewährten. In Deutsch-Piecka wurden zwei Personen erschossen. Ebenfalls wurde dort die Frau eines deutschen Vertrauensmannes auf das schwerste mißhandelt. Englische Truppen griffen zwar ein, doch hält der polnische Terror noch an.

Die Mißhandlung Dr. Georgs.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 24. März. Wegen des Angriffes des französischen Kreiskontrolleurs auf den deutschen Journalisten Dr. Georg sind seitens der Reichsregierung Vorstellungen erhoben worden.

Ein Aufruf der Parteien in Oberschlesien.

Kattowitz, 24. März. Die Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Deutschdemokratische und Sozialdemokratische Partei richten einen Aufruf an die oberschlesische Bevölkerung, in dem es heißt: Ihr habt am 20. d. M. Euren Willen über Eure staatliche Zugehörigkeit kundgegeben und einen großen Sieg errungen. Alle Drohungen, ungeheurer Terror und Gewalt haben nicht vermocht, Euer Treubekenntnis zum Deutschen Reiche zu erschüttern. Niemand darf diesen Willen mißachten. Wirtschaftliche und geographische Rücksichten weisen zwingend auf die Einheit des oberschlesischen Landes hin. Im Vertrauen auf die Macht der Gerechtigkeit, erheben wir die Forderung: Oberschlesien ungeteilt beim Deutschen Reiche! Die Gegner im Abstimmungskampfe sollten sich nun die Hand reichen zum gemeinsamen friedlichen Aufbau und zur Versöhnung.

Ein Aufruf der Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Kattowitz, 24. März. Die deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände Oberschlesiens erlassen folgenden Aufruf: An die Hand- und Kopfarbeiter der Welt! In Oberschlesien hat soeben eine Volksabstimmung über seine künftige Zugehörigkeit stattgefunden. Die überwiegende Mehrheit hat für Deutschland votiert. Viele unserer Arbeiter und Angestellten, die aus freiem Willen sich für Deutschland erklärt haben, werden von polnischen Nationalisten in barbarischer Weise terrorisiert. Tausende sind von ihren Arbeitsstellen und Wohnungen verjagt und ziehen obdachlos mit ihren Kindern und Frauen auf der Straße umher. Gewalttaten und Morde werden an Menschen verübt, die lediglich von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, wie es der Friedensvertrag verlangt. Arbeiterbrüder der Welt! Wir sind wehrlos und unbeschützt, schutz- und wehrlos. Verlassen von den alliierten Sicherungsbehörden, wenden wir uns an Euch mit der Bitte: Wirkt ein auf eure Brüder und Regierungen, daß dem grausigen Terror endlich ein Ende bereitet wird! Ruhe und Frieden wollen wir, Arbeiterbrüder der Welt helft! (W. T. B.)

Die Notschreie aus Oberschlesien.

Berlin, 24. März. Bei der Reichsregierung laufen fortgesetzt telegraphische Notschreie aus Oberschlesien ein anläßlich des dort herrschenden polnischen Terrors. Die deutschen Beamten der Julienhütte im Kreise Beuthen sind auf das schwerste gefährdet. Alle Versuche, Schutz seitens der interalliierten Kommission zu erlangen, sind bisher umsonst gewesen.

Pressezensur im Bezirk Beuthen.

Beuthen, 24. März. Sämtliche Zeitungen im Bezirk Beuthen, deutsche und polnische, sowie die dortige Agentur des Wolffschen Telegraphen-Bureaus sind unter Vorzensur gestellt. Diese Zensur bezieht sich auf alle Artikel, die sich in irgendeiner Weise mit Oberschlesien beschäftigen. (W. T. B.)

England für die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

London, 23. März. Die „Morning Post" schreibt zum oberschlesischen Abstimmungsergebnis: In London gewinnt immer mehr die Ansicht an Boden, daß eine Teilung des Industriegebietes jetzt unmöglich sein werde und daß es vielleicht ratsam wäre, das gesamte Gebiet entweder Polen (!) oder Deutschland zuzuteilen und dafür den Staat, der das von ihm gewünschte Gebiet verliere, an anderer Stelle zu entschädigen.

London, 24. März. „Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel, die Alliierten könnten die zugunsten Deutschlands ausgefallene Gesamtabstimmung in Oberschlesien nicht unberücksichtigt lassen, ohne größeres Unrecht zu begehen. Sie könnten diese Provinz nicht in Regionen nach dem Ausfall der Abstimmung in den einzelnen Gemeinden zerschneiden, ohne die oberschlesische Industrie zu ruinieren oder schwer zu schädigen. Die Alliierten könnten keinerlei Zwangsregelung auferlegen, ohne bereit zu sein, sie durch ihre eigene Kraft aufrechtzuerhalten.

Die drohende Katastrophe im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 24. März. Von beteiligter Seite wird W. T. B. mitgeteilt: Im Anschluß an unsere gestrige Information über die Katastrophe im Zeitungsgewerbe, die infolge der ungeheuren Preisforderung der Papierfabrikanten droht, erfahren wir, daß der Verein deutscher Zeitungsverleger die gesamten deutschen Zeitungsverleger zu einer allgemeinen Verlegerversammlung auf den 30. d. M., 10 Uhr vormittags, in die Stadthalle zu Hannover einberufen hat, um von der Gesamtheit der Herausgeber der deutschen Zeitungen die plötzlich erforderlich gewordenen, für die Zukunft der deutschen Presse entscheidenden Beschlüsse fassen zu lassen.

Amerika und der Eberbacher Entführungsversuch.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 24. März. Die „Chicago Tribune" meldet aus Washington: Das Staatsdepartement forderte die deutsche Regierung auf, den amerikanischen Deserteur Bergdoll auszuliefern und die amerikanischen Polizisten in Freiheit zu setzen, die versucht hatten, Bergdoll auf deutschem Boden bei Eberbach zu verhaften.